

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 41 (2022)

Heft: 78

Artikel: Corona und die Aktualität materialistischer Staatskritik

Autor: Lautréamont, M. / Freitag, Julian

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Corona und die Aktualität materialistischer Staatskritik

Jahrzehnte neoliberaler Umstrukturierung haben den Staat scheinbar zu einer Nebenrolle degradiert. Doch im Frühling 2020 waren auf einmal alle Scheinwerfer wieder auf ihn gerichtet. Die Nation sass vor den Bildschirmen und lauschte gebannt den Pressekonferenzen des Bundesrats. Was vorher höchstens Journalist:innen und Lobbyist:innen interessierte, war nun ein volksverbindendes Spektakel, wie es sonst nur die Spiele der Männerfussball-Nationalauswahl sein können. Die durch die anrollende Pandemie verunsicherte Bevölkerung wandte sich an ihre Regierung, die ihrerseits Halt und Zuversicht vermittelte.

Es blieb nicht bei Symbolik. Viele Linke rieben sich auch ob der verkündeten Massnahmen verblüfft die Augen: Der Staat schien tatsächlich entschlossen zu sein, die Wirtschaft einzuschränken, um die Pandemie einzudämmen und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. «Gesundheit vor Profit» schien nicht länger eine Forderung protestierender Pfleger:innen zu sein, sondern Leitlinie staatlichen Handelns. Gleichzeitig erliessen die Behörden bisher nicht bekannte Unterstützungsmaßnahmen, um die ökonomischen und sozialen Folgen der Massnahmen abzufedern: Entschädigung für Unternehmen, Kurzarbeit, unbürokratische Hilfe für Selbständige. Einige sahen darin ein Ende der Austeritätspolitik und eine Rückkehr des Keynesianismus.

Vernunft und Allgemeinwohl

Die Pandemie schien zu demonstrieren, dass der Staat durchaus die Vernunft und das Allgemeinwohl über die Profitinteressen Einzelner stellen kann, wenn er denn will. Allen voran die Klimabewegung witterte Morgenluft. So schreibt der Klimastreik Schweiz: «Die Coronakrise hat gezeigt [...] wie essentiell rechtzeitiges Handeln ist. Was vor einigen Monaten noch als unmöglich galt, wurde plötzlich innerhalb weniger Tage umgesetzt. Wir können angemessen auf Krisen reagieren, wenn der Wille da ist.» (Klimastreik 2020)

Andreas Malm, einer der prominentesten Theoretiker der internationalen Klimabewegung, verbindet diese Beobachtung mit den (vermeintlichen) Lehren aus der Russischen Revolution. Lenin und die Bolschewiki hätten eine Krise apokalyptischen Ausmasses zu meistern gehabt. Indem sie die staatliche Macht eroberten und alle verfügbaren Ressourcen zu deren Bewältigung mobilisierten, gelang es ihnen, den Ersten Weltkrieg zu beenden, die Zaristen zu besiegen und die Not der Bevölkerung zu lindern. Entsprechend fordert Malm einen Kriegskommunismus, um die Klimakrise zu bewältigen (Malm 2020). Die staatlichen Massnahmen gegen die Corona-Pandemie würden zeigen, dass Staaten noch immer über die Macht und die Ressourcen verfügen, um dies zu bewerkstelligen.

Die staatlichen Massnahmen gegen die Pandemie erfüllten viele Linke also erst einmal mit Zuversicht. Angesichts einer gesellschaftlich produzierten ökologischen Krise tritt der Staat als vermeintlicher Hüter des Allgemeinwohls in Erscheinung, dessen Handeln sich an den Erkenntnissen der (Natur-)Wissenschaft orientiert. Gegen die teilweise verheerenden Folgen der Lockdown-Massnahmen für Proletarisierte und für viele Frauen, wie Arbeitslosigkeit und Zunahme von Gewalt, forderten Linke noch weitergehende staatliche Eingriffe. Er solle auch dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nachkommen.

Linke Kritik wurde meistens dann laut, wenn das staatliche Handeln als zu zögerlich wahrgenommen wurde. Viele rauften sich die Haare, als sich der Bundesrat im Dezember 2021 ungeachtet der anrollenden Omikron-Welle in die Weihnachtsferien verabschiedete, ohne neue Massnahmen zu verkünden. Im Januar 2022 beschloss er dann eine Verkürzung und schliesslich die Aufhebung der Quarantäne sowie der Homeoffice-Pflicht, um das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft zu garantieren.

Dass bei den Massnahmen die Bekämpfung der Pandemie und die Gesundheit der Bevölkerung im Zentrum stehen, war immer schon Wunschdenken. Die Massnahmen sollten einen Zusammenbruch des kaputt gesparten Gesundheitssystems verhindern, dabei aber die Wirtschaft

nicht zu sehr belasten. Die Bevölkerung sollte die sozialen Kontakte vor allem in der Freizeit reduzieren, damit die Arbeitsplätze ausgeklammert bleiben konnten. Insofern war die Regierung durchaus erfolgreich: «Die Wirtschaft hat hierzulande stets zu siebzig bis achtzig Prozent weitergearbeitet», durfte Alain Berset nach dem sogenannten ersten Lockdown verkünden (Berset 2020). Auch die finanzielle Unterstützung hatte das Ziel, die Produktion unbeschadet zu halten und einen abrupten Anstieg von Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Anspruch und Wirklichkeit

Es scheint uns nützlich, einige Grundrisse einer materialistischen Staatskritik zu skizzieren. Denn in der linken Verwirrung über das staatliche (Nicht-)Handeln treten Auffassungen über den Staat zutage, die wenig zur Analyse der gegenwärtigen Situation taugen. Die widersprüchliche, gleichgültige und repressive Seite des Handelns des Staates hat nichts mit seiner mangelnden Ausrichtung an linken Werten zu tun, sondern mit seinem Wesen selbst. Im Anspruch an den Staat, konsequent für das Allgemeinwohl zu sorgen, widerspiegelt sich eine ideologische Borniertheit. Es spricht daraus eine in der Linken verbreitete Vorstellung, dass der Staat sich eine Handlungsautonomie gegenüber der Wirtschaft erwirken und infolgedessen eine soziale Agenda verfolgen kann, die die Gesundheit der Bevölkerung vor die Profitinteressen des Kapitals stellt.

Dabei wird die strukturelle Einbettung des Staates in die ökonomischen Verhältnisse unterschlagen. Der Staat ist die politisch-rechtliche Form des Kapitalverhältnisses. Wirtschaft und Politik – oder gar Kapitalismus und Staat – stehen sich nicht als getrennte Sphären gegenüber, sondern sind untrennbar miteinander verbunden. Der Staat schafft die Grundvoraussetzungen für die Kapitalakkumulation – Eigentum und freie Lohnarbeit – und stellt die reibungslose Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse sicher. Gleichzeitig ist seine Existenz – vermittelt primär durch Steuereinnahmen – auf eine profitable Kapitalakkumulation angewiesen. Als Hauptquelle des Profits hat die Ware Arbeitskraft für die Reproduktion der Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Um ihre Ausbeutung zu garantieren und einen ständigen Nachschub an Arbeitskräften sicherzustellen, muss der Staat dafür sorgen, dass nicht zu viele Arbeiter:innen sterben oder arbeitsunfähig sind.

Das bedeutet nicht, dass der Staat dem Willen der Kapitalist:innen unterworfen ist. Denn während die Kapitalist:innen ihr Profitinteresse verfol-

gen, stellt der Staat das Interesse der reibungslosen Reproduktion des Kapitalismus ins Zentrum. Dabei kann er die Interessen der Einzelkapitale durchaus beschneiden. Johannes Agnoli betont in dieser Hinsicht, dass der Staat «der Staat des Kapitals» ist und nicht etwa «der Staat der Kapitalist:innen» (Agnoli 1995). Denn die Kapitalist:innen haben keine homogene Interessen. Sie sind selbst dem Marktimperativ unterworfen und stehen in konstanter Konkurrenz zueinander. In diesem Konkurrenzkampf lautet die Maxime des Staates, die Reproduktion der Gesamtheit des Kapitalverhältnisses aufrechtzuerhalten. Das bedeutet, dass der Staat Gesetze und Massnahmen erlassen kann, die den Profitinteressen einzelner Kapitalakteure zuwiderlaufen.

Der Staat verfügt, wie in der Pandemie deutlich wurde, über eine relative Autonomie gegenüber der Wirtschaft. Diese Autonomie ist zentral für das Funktionieren des Kapitalismus. Die untereinander konkurrierenden Einzelkapitale streben nach der schrankenlosen Vernutzung von Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen. Auf diese Weise untergraben sie aber gleichzeitig ihre eigenen materiellen Grundlagen. Deshalb sind sie auf den Staat angewiesen, der die Einzelkapitale einschränkt und dadurch die Reproduktion der Arbeitskraft sicherstellt. Die Autonomie des Staates wird aber, wie bereits erwähnt, wiederum durch die Kapitalakkumulation begrenzt. Wie der Staat in diesem begrenzten Handlungsspielraum letztendlich handelt, hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Seine Ausgestaltung und politische Ausrichtung ist ein Sammelsurium verschiedener Positionen, Interessen und Konflikte. Daher ist der Staat mehr als bloss seine Institutionen, er ist ein soziales Verhältnis. In ihm spiegelt sich die materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, wie es Nicos Poulantzas nannte (Poulantzas 2011).

Emanzipatorische Praxis statt Affirmation der Niederlage

Eine emanzipatorische Perspektive kann nur gegen den Staat entwickelt werden. Denn als Garant der Enteignung der Proletarisierten – rechtlich festgehalten als Privateigentum – spiegelt sich im Staat ein entfremdetes und verkehrtes Bild des Allgemeinwohls. Durch die staatlich garantierte Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses und der Warenform liefert der Staat seine Bürger:innen dem Haifischbecken des Marktes aus. Als atomisierte Individuen, deren Sein durch den Markt vermittelt wird, ist jede:r selbst zuständig für das eigene Glück. Während in den Industrieländern im

19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts proletarische Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe als Sicherheitsnetz ökonomischer Verwerfungen diente, setzte sich nach der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg der Sozialstaat durch. Er entschärfte fortan die Verheerungen und das soziale Elend. Seine Durchsetzung ging mit dem Niedergang der Arbeiter:innenbewegung einher. Der Sozialstaat ist heute alternativlos, er fungiert für die Proletarisierten als letzte Bastion, die ihnen Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bieten kann. Dass der – inhärent mit dem Kapitalismus verbundene – Staat selbst die Ursachen der sozialen Missstände hervorbringt und aufrechterhält, macht seine widersprüchliche Existenz aus. Dass die Proletarisierten in der Pandemie auf den Staat angewiesen sind, ist also kein Beweis für dessen Notwendigkeit, es ist eine Banalität. Genauso liesse sich festhalten, dass sie ihre Haut zu Markte tragen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Trotzdem – oder gerade deshalb – wollen wir die Lohnarbeit abschaffen.

Es spricht nichts dagegen, Forderungen an den Staat zu richten, die die Lebensbedingungen der Proletarisierten verbessern. Gerade in einer umfassenden Krise wollen wir nicht einem Zynismus der reinen Kritik das Wort reden. Aus dieser Not darf aber keine Tugend werden. Es ist wichtig, sich das Wesen des Staates, die Dynamik seines Handelns und die Schranken seiner Autonomie klar vor Augen zu halten. Eine emanzipatorische Perspektive, welche die Bedürfnisse der Menschen und ein gutes Leben für alle ins Zentrum stellt, kann nur gegen den Staat erkämpft werden.

Linke Staatsfixiertheit müssen wir als Ausdruck ihrer Schwäche in Folge des Niedergangs der Arbeiter:innenbewegung verstehen. Eine emanzipatorische Linke kommt nicht darum herum, bei dieser Schwäche anzu setzen. Es gilt eine kämpferische, solidarische Perspektive und eine Praxis der gegenseitigen Hilfe zu entwickeln. Dazu bedarf es der Selbstorganisation der Proletarisierten. Gerade in der Pandemie haben sich durchaus Hoffnungsschimmer gezeigt. Vor allem in Gegenden, wo der Staat unfähig oder unwillig war, organisierten sich Proletarisierte, um sowohl ihre Gesundheit zu schützen als auch die sozialen Verheerungen zu lindern. Es sind unzählige Streiks dokumentiert, bei denen Arbeiter:innen einen besseren Gesundheitsschutz und eine Einstellung der Arbeit forderten. Sogar in der Schweiz sahen wir zu Beginn der Pandemie einen Boom von Nachbarschaftsstrukturen, in denen einige Linke so etwas wie eine gegenseitige Hilfe zu erkennen glaubten. Wir werden in zukünftigen Kämpfen solche Strukturen dringend benötigen.

Literatur

- Agnoli, Johannes, 1995: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg i. Br.
- Berset, Alain, 2020: Die Bewährungsprobe kommt noch. In: Tagesanzeiger, 13.6. (online verfügbar)
- Klimastreik, 2020: Bericht zur Coronavirus-Krise (online verfügbar)
- Malm, Andreas, 2020: Corona, Climate, Chronic Emergency. War Communism in the Twenty-First Century. London
- Poulantzas, Nicos, 2011: Staatstheorie. Berlin